

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 03. März 2004 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

- Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 02.03.2004 -

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadratsfraktion:

Bürgermeister Böhm

Stadtrat Rank (ab 17.20 Uhr, Ziff. 1 Buchst. B a)

Stadträtin Schwab (ab 17.05 Uhr, Ziff. 1 Buchst. A a)

Stadträtin Stocker

Stadträtin Wallrapp

Stadtrat Weiglein

SPD-Stadratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ab 17.05 Uhr, Ziff. 1 Buchst. A a)

2. Bürgermeisterin Gold

Stadtrat Heisel

Stadträtin Heisel

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene (ab 17.15 Uhr, Ziff. 1 Buchst. B a)

Stadtrat Jeschke

Stadtrat Dr. Kröckel (ab 17.15 Uhr, Ziff. 1 Buchst. B a)

UsW-Stadratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May

Stadtrat Müller

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt

FBW-Stadratsgruppe:

Stadträtin Wachter

KIK-Stadratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Stadtrat Popp

ÖDP-Stadratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer

Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner

Amtsärztin Erdel

Dipl.-Ing. Lepelmann

Amtfrau Hartmann

Dipl.-Ing. Rützel

Dipl.-Ing. Richter

Wolfgang Zürrlein, EDV

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Baier

Stadtrat Haag

Stadtrat Dr. Küntzer  
Stadtrat Mahlmeister  
Stadtrat Schardt  
Stadtrat Straßberger

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

### 1. Beratung des Investitionsprogramms 2004 mit Finanzplanung 2003 – 2007

#### A) Einzelplan 2

##### a) Hst. 2122.9350 - Hauptschule Siedlung; Bewegliches Vermögen

Oberbürgermeister Moser erinnert an die Aussage von Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene bezüglich der Streichung der Mittel in Höhe von 5.000 € für die Vernetzung der Klassenzimmer.

Stadtrat Heisel erwidert, dass die Vernetzung der Klassenzimmer ein Wunsch der Schulleitung gewesen sei, allerdings nicht notwendig ist. Die Mittel von 5.000 € können gestrichen werden. Er teilt auch mit, dass die Beschaffung des „Ambu-Mann“ über eine Werbeaktion finanziert werden konnte, sodass auch die eingestellten Mittel hierfür gestrichen werden können.

**- Mit 21 : 0 Stimmen -**

Der Ansatz bei Hst. 2122.9350 in Höhe von 6.700 € für das Jahr 2004 wird gestrichen.

##### b) Hst. 2122.9352 – Hauptschule Siedlung; Unterrichtsmittel und technische Mittler (Pauschale)

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass durch die Streichung der Vernetzung auch die Beschaffung der PC's für die Klassenräume hinfällig wird, die im Jahr 2005 mit 6.400 € veranschlagt sind. Dieser Betrag wäre in 2005 zu streichen.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 2 bleiben unverändert.

#### B) Einzelplan 3

##### a) Hst. 3501.9356 – Volkshochschule; Erneuerung EDV-Schulungsanlage

Amtsrat Hartner erinnert an die Frage in der gestrigen Sitzung, ob es nicht möglich ist, für die Volkshochschule und die Stadtbücherei eine gemeinsame EDV-Anlage anzuschaffen. Er weist auch noch einmal auf die Ausfälle einiger Rechner der Schulungsanlage hin.

Herr Zürrlein erklärt zunächst die Rechnerausfälle bei der Schulungsanlage. Er weist darauf hin, dass die vorhandenen Rechner ca. 4 Jahre alt sind und aufgrund der vielen verschiedenen Systeme die Belastung sehr hoch ist und es deshalb zu Ausfällen kommt.

**- Mit 22 : 2 Stimmen –**

Bei Hst. 3501.9356 – Volkshochschule; Erneuerung EDV-Schulungsanlage – werden für das Jahr 2004 die Mittel in Höhe von 15.000 € belassen.

b) Hst. 3501.9352 – Volkshochschule; Ersatz Verwaltungsanlage  
Hst. 3521.9350 – Stadtbücherei; Ersatz der EDV-Anlage

Bezüglich einer Zusammenlegung der EDV-Anlage für die Volkshochschule und die Stadtbücherei erklärt Herr Zürrlein, dass bisher unterschiedliche Systeme verwendet worden sind, es aber denkbar ist, ein einheitliche System zu installieren. Er weist darauf hin, dass zunächst allerdings die baulichen, technischen und organisatorischen Details geklärt werden müssen.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 3 bleiben unverändert.

C) Einzelplan 5

a) Hst. 5500.9880 – Investitionszuschüsse an Sportvereine

Die CSU beantragt die Pauschalen für Investitionszuschüsse an Sportvereine um 50 % zu kürzen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass im Jahr 2004 30.000 € Zuschüsse ausgezahlt werden müssen an die Königlich Privilegierte Schützengesellschaft und den Kitzinger Tanzklub. Die Auszahlung beruht auf Stadtratsbeschlüssen. Eine Kürzung des Ansatzes von 50 % könne erst ab 2005 vorgenommen werden, wobei bisher keine Anträge auf Zuschüsse für die Jahre 2005 ff. vorliegen. Er schlägt deshalb vor, für die Jahre 2005 – 2007 die Ansätze auf „0“ zu setzen. Außerdem seien die Sportförderungsrichtlinien entsprechend zu ändern.

**- Mit 22 : 2 Stimmen –**

Die Ansätze bei Hst. 5500.9880 – Investitionszuschüsse an Sportvereine – werden für die Jahre 2005 – 2007 auf „0“ gesetzt. Die Änderung der Sportförderungsrichtlinien (Reduzierung der Sportförderungszuschüsse um 50 %) ist dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Zwischenzeitlich eingehende Anträge werden dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

b) Hst. 5652.9611 – Dreifachturnhalle Sickergrund; Erneuerung Heizungsanlage

Die CSU möchte geprüft haben, ob hier eine steuerunschädliche Nutzung der Überwärme des BHKW im Hallenbad möglich ist.

Von der Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen. In dieser wird darauf hingewiesen, dass das BHKW des Hallenbades entsprechend den Vorgaben des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes zu erstellen ist, um den steuerlichen Querverbund zu ermöglichen. Eine Abweichung von den Vorgaben des Prüfungsverbandes ist steuerschädlich.

c) Hst. 5701.9350 – Freibad; Bewegliches Vermögen

Die CSU beantragt die Überprüfung der Notwendigkeit des PC-Programms für die Filbertechnik im Freibad (5.000 € für 2004).

Die KIK beantragt die Finanzierung der Ersatzbeschaffung der Bänke über Sponsoren (Ansatz in 2004 3.000 €).

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass der Ansatz für das PC-Programm nach den Feststellungen der Hochbauverwaltung gestrichen werden kann. Dipl.-Ing. Rützel bestätigt dies.

Stadtrat Popp ist der Auffassung, dass die Anschaffung von Sitzbänken durch den Förderverein erledigt werden und somit der Ansatz hierfür (3.000 €) gestrichen werden kann.

Die Notwendigkeit einer neuen elektronischen Registrierkasse wird von Berufsmäßige Stadtrat Rodamer erläutert. Nach Ansicht des Gremiums soll die Beschaffung bereits im Jahr 2004 erfolgen und dadurch die Abrechnungszeiten der Kassiererinnen entsprechend verkürzt werden, was dann zu entsprechender Senkung der Personalkosten führen muss.

**- Mit 23 : 1 Stimme -**

Im Jahr 2004 wird der Haushaltsansatz für das PC-Programm (5.000 €) und die Anschaffung von 6 Sitzbänken (3.000 €) gestrichen. Lediglich Mittel in Höhe von 4.000 € für die Beschaffung einer elektronischen Registrierkasse bleiben im Jahr 2004 bestehen. Für die Jahre 2005 ff. werden jeweils 1.000 € eingestellt.

d) Hst. 5702.9450 – Umbau und Sanierung Hallenbad

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer informiert, dass der Ansatz im Jahr 2005 in Höhe von 1 Mio. € verwaltungsintern auf das Jahr 2006 verschoben wurde (Ansatz in 2006: 3,0 Mio. €, Ansatz 2007: 1.450.000 €). Die Zuschüsse für die Jahre 2005 bis 2007 teilen sich wie folgt auf: in 2005 werden 0 € veranschlagt, in 2004 600.000 € und in 2007 270.000 €.

Im Jahr 2004 verbleibt es beim Ansatz von 280.000 € für die Errichtung eines BHKW.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen.

e) Hst. 5702.9350 – Hallenbad; Bewegliches Vermögen

Stadtrat Popp fragt nach, ob der Ansatz in Höhe von 2.500 € für das Haushaltsjahr 2004 ausreichen wird. Dies wird ihm von der Verwaltung bejaht. Des weiteren berichtet Stadtrat Popp, dass der Ansatz für einen neuen Laufstall gestrichen werden kann, da der Förderverein bereits einen neuen Laufstall organisiert hat.

f) Hst. 5900.9320 – Kleine Landesgartenschau; Grunderwerb

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass der Ansatz für das Jahr 2004 in Höhe von 300.000 € auf 150.000 € reduziert wird. Der Erwerb wird zusätzlich über den vorhandenen Haushaltsausgaberesert von 300.000 € abgewickelt. Außerdem zeichnet sich ab, dass einige Eigentümer lieber langfristig verpachten wollen als zu verkaufen.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen.

g) Hst. 5900.9581 – Kleine Landesgartenschau; Pauschale Mittel für Beratung bzw. Kosten für Wettbewerb

Stadtrat Popp will wissen, wann mit dem Wettbewerb bzw. der Werbung begonnen wird.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erwidert, dass in den Jahren 2007 – 2009 mit dem Wettbewerb begonnen wird.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 5 bleiben unverändert.

D) Einzelplan 6a) Hst. 6101.9350 – Ortsplanung, Planung Altstadtsanierung; Ersatz Großflächenkopierer

Die CSU will geprüft wissen, ob die Vergabe der Kopierarbeiten außer Haus sinnvoll erscheint.

Die KIK bittet um Überprüfung, ob Leasing eines Kopierers günstiger ist.

Die UsW beantragt die Verschiebung der Beschaffung um ein Jahr (2005) und die Einholung von Leasingangeboten.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erläutert die Notwendigkeit des Großflächenkopierers und teilt mit, dass der Ansatz von 11.000 € auf 7.900 € reduziert werden kann. Außerdem begründet er, warum ein Kauf günstiger kommt als Leasing oder Vergabe der Kopierarbeiten außer Haus.

**- Mit 24 : 0 Stimmen -**

Der Ansatz bei Hst. 6101.9350 wird von 11.000 € auf 7.900 € reduziert (Haushaltsjahr 2004).

b) Hst. 6131.9357 – Bauordnung, Bauaufsicht; Ersatzbeschaffung PKW

Die KIK beantragt, bei künftigen Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen erdgasbetriebene Fahrzeuge anzuschaffen (evtl. über Sponsoring durch die Thüga).

Die Verwaltung teilt mit, dass ein gebrauchtes Fahrzeug beschafft werden soll und weist darauf hin, dass erdgasbetriebene Neufahrzeuge wesentlich teurer in der Anschaffung sind.

Hiervon wird Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

- c) Hst. 6011.9350 – Hochbauverwaltung; Beschaffung Faxgerät  
Hst. 6021.9350 – Tiefbauverwaltung; Beschaffung Faxgerät

Stadtrat Müller erkundigt sich, ob ein günstigeres Faxgerät angeschafft werden kann (Ansatz in 2004 jeweils 300 €).

Die Verwaltung legt die Gründe für eine Beschaffung dar und Oberbürgermeister Moser schlägt vor, die Mittel so im Haushalt stehen zu lassen.

Hiermit besteht Einverständnis. Der Ansatz bleibt unverändert.

- d) Hst. 6141.3407 – Umlegung von Grundstücken; Abschöpfung Gewinn Baulandumlegungen

Aufgrund der Frage von Stadtrat Müller nach dem Hintergrund für die Ansätze für die Jahre 2004 – 2007 in Höhe von jeweils 5.000 €, erklärt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer, dass diese Einnahmen in Zusammenhang mit der Hst. 6141.9329 – Ausgleich für Mehrzuteilungen – zu sehen ist. Der Ansatz von 5.000 € ist gewählt worden, da die Größenordnung nicht abschätzbar ist und es davon abhängt, ob Umlegungen vorgenommen werden oder nicht.

- e) Hst. 6141.9329 – Umlegung von Grundstücken; Ausgleich für Mehrzuteilungen

Stadtrat Weiglein weist darauf hin, dass die Verwaltung seiner Auffassung nach bei der Flurbereinigung Grundstücke zu teuer einkauft. Im Rahmen der Flurbereinigung Etwashausen werden sehr hohe Wertausgleichszahlen angesetzt. Die Liegenschaftsverwaltung müsse dies beachten.

- f) Hst. 6151.9451 – Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen; Ritterstraße 20

Die CSU will wissen, wofür die Ausgaben in Höhe von 38.800 € in 2004 erforderlich sind.

Die KIK möchte eine Kostenaufstellung für die Ausgaben.

Die Verwaltung teilt in der vorliegenden Stellungnahme mit, dass es sich bei den Ausgaben um das Planungs- und Vermarktungskonzept (rd. 32.500 €; Büro Stürzenhofecker) und die statische Vorplanung (rd. 6.200 €; Büro Walch) handelt. Hierfür war für das Haushaltsjahr 2003 eine Haushaltsüberschreitung vom Stadtrat genehmigt, die Ausgaben fallen allerdings erst in 2004 an, so dass eine Veranschlagung in 2004 erforderlich geworden ist.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

- g) Hst. 6151.9880 – Kommunales Förderprogramm  
Hst. 6151.9881 – Kommunalprogramm für Ortsteile, Etwashausen, Mühlbergbereich  
Hst. 6151.9882 – Privatmaßnahmen in Sanierungsgebieten (Städtebauförderung)

Die CSU beantragt bei Hst. 6151.9880 – Kommunales Förderprogramm – die Reduzierung der Ansätze um 50 %. Bei Hst. 6151.9882 – Privatmaßnahmen in Sanierungsgebieten beantragt sie ebenfalls die Kürzung der Ansätze um 50 %.

Die SPD beantragt zu allen o.g. Haushaltsstellen, dass nur noch Anträge behandelt werden sollen, die bis zum 30.06.2004 eingehen. Danach sollen keine weiteren Anträge mehr angenommen werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist auf die Änderungsliste Nr. 2 hin, in der bereits der Ansatz bei Hst. 6151.9882 – Privatmaßnahmen in Sanierungsgebieten – um jeweils 50.000 € (2005 – 2007) auf jeweils 100.000 € gekürzt worden ist.

Stadtrat Müller kann einer Kürzung um 50 % beim Kommunalen Förderprogramm zustimmen, allerdings nicht bei der Kürzung des Städtebauförderungsprogramms.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die bereits bewilligten Anträge im Jahr 2004 über den vorhandene Haushaltsausgaberesert finanziert werden können. Ab 2005 sollten nur noch 100.000 € eingestellt werden, zumal noch keine Anträge ab 2005 ff. vorliegen.

**- Mit 2 : 22 Stimmen –**

Der Vorschlag der Verwaltung, den Ansatz bei Hst. 6151.9880 – Kommunales Förderprogramm in Sanierungsgebieten – beizubehalten, wird abgelehnt.

**- Mit 14 : 10 Stimmen –**

Dem Antrag der CSU, den Ansatz bei Hst. 6151.9880 – Kommunales Förderprogramm in Sanierungsgebieten – um 50 % zu kürzen, wird zugestimmt. Die Ansätze werden ab 2004 auf jährlich 25.000 € reduziert. Hinsichtlich der maximalen Förderhöhe muss noch ein Beschluss gefasst werden.

**- Mit 12 : 12 Stimmen -**

Der Vorschlag der Verwaltung, den Ansatz bei Hst. 6151.9881 – Kommunalprogramm für die Ortsteile, Etwashausen, Mühlbergbereich – beizubehalten, wird abgelehnt.

**- Mit 13 : 11 Stimmen –**

Dem Antrag der SPD, den Ansatz bei Hst. 6151.9881 – Kommunalprogramm für die Ortsteile, Etwashausen, Mühlbergbereich – um 50 % zu kürzen, wird zugestimmt. Die Ansätze werden ab 2004 auf jährlich 2.500 € reduziert.

**- Mit 9 : 15 Stimmen –**

Der Vorschlag der Verwaltung, den Ansatz bei Hst. 6151.9882 – Privatmaßnahmen in Sanierungsgebieten – auf 100.000 € festzusetzen und den maximalen Fördersatz beizubehalten, wird abgelehnt.

**- Mit 17 : 7 Stimmen –**

Der Antrag der CSU, den Ansatz für 2004 bei Hst. 6151.9882 – Privatmaßnahmen in Sanierungsgebieten – ab dem Jahr 2004 auf 75.000 € jährlich festzusetzen wird angenommen. Hinsichtlich der maximalen Förderhöhe muss noch ein Beschluss gefasst werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist noch darauf hin, dass sich die Zuschüsse für die Stadt bei der Hst. 6151.3610 entsprechend reduzieren.

h) Hst. 6300.9329 – Grunderwerb für Bahnhofsumfeld  
Hst. 6300.9423 – Errichtung Busbahnhof

Die UsW beantragt eine Aufklärung, inwieweit die Sparmaßnahmen der Bayerischen Staatsregierung Auswirkungen auf die Förderhöhe im „Schnittstellenprogramm“ haben.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß berichtet, dass laut Auskunft der Regierung von Unterfranken, die Förderung im „Schnittstellenprogramm“ so bestehen bleibt und derzeit keine Kürzung erkennbar ist.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erläutert, dass die Baukosten nur grob mit 1,5 Mio. € und die Zuwendungen ebenfalls nur grob mit 1,1 Mio. € im Finanzplanungsrest enthalten sind.

i) Hst. 6309.9320 – Nordtangente; Grunderwerb

Die UsW möchte eine Information über den Stand der Grundstückserwerbe (insbesondere im Zusammenhang mit der Nordtangente).

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer berichtet, dass hierfür zusätzlich zum Haushaltsansatz 2004 mit 355.000 € 1,365 Mio. € an Haushaltsausgaberesten eingestellt sind.

Stadträtin Schmidt fragt nach, ob der Standard der Nordtangente zurückgefahren werden könnte, um Mittel zu sparen (z.B. Brücke zum Eselsberg).

Oberbürgermeister Moser erwidert, dass das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen sei und jede Abänderung ein neues Verfahren bedeuten würde, was einen erheblichen Zeitverlust mit sich brächte. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass der Sofortvollzug bei der Stadt Kitzingen eingegangen ist.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer fügt noch an, dass mit dem BA I so bald wie möglich angefangen werden muss, da die Höhe der veranschlagten Zuschüsse hiervon abhängig ist. Sollte in diesem Jahr nicht damit begonnen werden, würden im Jahr 2004 erhebliche Zuschüsse von rd. 2,3 Mio. € entfallen und erst 2005 ff. eingehen. Dies würde den Ausgleich des Vermögenshaushalts 2004 stark beeinträchtigen.

Stadtrat Müller drängt ebenfalls darauf, so bald wie möglich zu beginnen, zumal das Aushubmaterial beim Bau der Richard-Rother-Realschule benötigt wird.

j) Hst. 6309.9501 – Nordtangente; Baukosten für Weiterführung

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass sich die Ausgabenansätze und Zuschuss-Ansätze wie folgt ändern:

2004	500.000 € Ausgaben	200.000 € Zuschüsse
2005	3.000.000 € Ausgaben	2.075.000 € Zuschüsse
2006	5.200.000 € Ausgaben	3.000.000 € Zuschüsse
2007	4.000.000 € Ausgaben	2.980.000 € Zuschüsse

Finanzplanungsrest:

2.300.000 € Ausgaben      1.495.000 € Zuschüsse

Hiermit besteht Einverständnis.

- k) Hst. 6322.9502 – Baugebiet Deusterareal; Straßenerschließung  
Hst. 6322.9503 – Baugebiet Deusterareal; Lärmschutz  
Hst. 6322.9580 – Baugebiet Deusterareal; Weitere Erschließungskosten

Die UsW beantragt, 50 % der Mittel aus dem Jahr 2005 in das Haushaltsjahr 2004 vorzuziehen, ebenso die Verkaufserlöse. Die Vermarktung soll beginnen.

Dipl.-Ing. Lepelmann berichtet, dass das Bebauungsplan-Verfahren eingeleitet wird und nach den Sommerferien der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.  
Stadtrat Müller bemängelt, dass seitens der Verwaltung nichts unternommen worden ist, um die Vermarktung voranzutreiben. Die UsW zieht aufgrund der Aussage von Dipl.-Ing. Lepelmann den Antrag zurück.

Die Ansätze bei den o.g. Haushaltsstellen bleiben unverändert.

- l) Hst. 6326.9501 – Wohngebiet Holunderweg; Straßenerschließung

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass der Ansatz bei dieser Haushaltsstelle im Jahr 2004 von 40.000 € auf 65.000 € erhöht werden muss. Der Ansatz im Jahr 2005 bleibt unverändert (45.000 €).

- m) Hst. 6320.3400 – Industriegebiet Schwarzacher Straße; Grundstücksverkaufserlöse

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene fragt nach, warum hier für das Haushaltsjahr 2005 Einnahmen angesetzt sind.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die 2. Rate des Verkaufserlöses aus einem im Jahr 1990 getätigten Grundstücksgeschäft vereinbarungsgemäß erst im Jahre 2005 zu zahlen ist.

- n) Hst. 6333.9501 – Ausbau Breslauer Straße  
Hst. 7107.9502 – Kanalsanierung Breslauer Straße

Die CSU beantragt die Verschiebung der Maßnahme um 2 Jahre.

Die KIK beantragt, die Maßnahme um 3 Jahre zu verschieben.

Die FBW fordert lediglich die Kanalerneuerung aber keinen Straßenausbau.

Die UsW beantragt die Überprüfung des Ausbaustandards, den Kostenansatz dann entsprechend zu reduzieren und die Maßnahme um 3 Jahre zu verschieben.

Stadtrat Rank weiß zu berichten, dass die Anwohner der Breslauer Straße gegen den Ausbau sind. Er ist der Auffassung, dass lediglich der Kanal saniert werden sollte. Hier sollte allerdings auch eine kostengünstige Lösung gewählt werden.

Es entsteht eine ausgiebige Diskussion.

Stadträtin Schmidt will unter anderem wissen, ob das Ausbessern der Schwarzdecke von Gehweg zu Gehweg eine abrechnungsfähige Maßnahme darstellt. Dies wird vom Oberbürgermeister verneint.

Stadtrat Konrad will noch wissen, ob die Hausanschlüsse ebenfalls erneuert werden müssen.

Dipl.-Ing. Richter bejaht dies.

Stadtrat Heisel schlägt vor, die Ausbaugrundsätze noch einmal nach den Haushaltsberatungen vorzulegen, um erneut darüber zu beraten.

Oberbürgermeister Moser weist allerdings darauf hin, dass der Ausbaubeschluss bereits vom Stadtrat gefasst worden ist und lediglich der Maßnahmebeschluss noch vorgelegt werden muss. Er schlägt vor, die Ansätze beizubehalten.

Hiermit besteht Einverständnis. Die Ansätze werden beibehalten. Es erfolgt ein Ausbau in möglichst einfacher, aber beitragspflichtiger Ausführung, über die Ausbaugrundsätze wird noch einmal beraten.

**Der Oberbürgermeister unterbricht die Sitzung von 19.25 Uhr bis 19.35 Uhr.**

o) Hst. 6334.9501 – Ausbau Gartenstraße

Die KIK beantragt die Verschiebung der Maßnahme um 2 Jahre.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die Maßnahme seitens der Verwaltung bereits um 1 Jahr verschoben worden und somit für das Jahr 2006 mit 600.000 € eingeplant ist (Beiträge von 300.000 € ebenfalls in 2006).

**- Mit 24 : 0 Stimmen –**

Mit dem Vorschlag der Verwaltung, die Maßnahme – Ausbau Gartenstraße – (Hst. 6334.9501) um ein Jahr in das Haushaltsjahr 2006 zu verschieben, besteht Einverständnis.

p) Hst. 6335.9269 – Gewerbegebiet Großlangheimer Straße Nord; Rückzahlung an Bayerngrund

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass der Ansatz in 2005 in Höhe von 400.000 € in das Jahr 2006 verschoben wird (Ansatz 2006: 2,4 Mio. €).

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen.

q) Hst. 6335.9501 – Gewerbegebiet Großlangheimer Straße Nord; Straßenerschließung

Die FBW erwartet ein zügiges Vorantreiben des Bebauungsplans Großlangheimer Straße Nord und eine möglichst baldige Vermarktung.

Die Verwaltung teilt mit, dass der Bebauungsplan-Entwurf bereits vorliegt und demnächst im Stadtrat behandelt wird. Das Bebauungsplanverfahren kann aller Voraussicht nach bis Ende 2004 abgeschlossen werden, danach wird mit der Erschließung und Vermarktung begonnen.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

r) Hst. 6339.9501 – Baugebiet Hammerstiel; Straßenbau für BA I

Die UsW beantragt die Verschiebung der Mittel in Höhe von 20.000 € von 2004 auf 2005.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß berichtet, dass neue Erkenntnisse hinsichtlich des Ersatzes für den Brunnen S 1 vorliegen, über die demnächst informiert werden wird. Voraussichtlich wird man bereits in der 2. Jahreshälfte zu einem positiven Ergebnis kommen.

Aufgrunddessen zieht die UsW ihren Antrag zurück.

s) Hst. 6346.9320 – Baugebiet Kelttenstraße; Grunderwerb  
Hst. 6346.9501 – Baugebiet Kelttenstraße; Bayerngrundfinanzierung

Die FBW beantragt die Erweiterung des Baugebietes Keltensstraße und baldmöglichste Vermarktung.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Teilerschließung in Vorbereitung ist und das Bebauungsplanverfahren für den BA I bereits läuft. Aller Voraussicht nach kann bis Ende 2004 das Verfahren abgeschlossen werden, sodass danach mit der Vermarktung begonnen werden kann.

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene fragt nach, ob hinsichtlich des Grunderwerbs für das Baugebiet Keltensstraße Einnahmen in den Haushalt 2004 eingestellt werden können.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer schlägt vor, keine Mittel einzustellen. Sollten sich Interessenten für Grundstücke melden, werden die Grundstücke selbstverständlich veräußert (analog Hammerstiel).

Stadtrat Rank bittet in diesem Zusammenhang um eine Aufstellung, aus der zu entnehmen ist, wann ein Verfahren beginnen kann, wann Veräußerungen vorgenommen werden können.

Dipl.-Ing. Lepelmann sagt dies bis zur morgen Sitzung (04.03.2004) zu.

t) Hst. 6370.9581 – Dorferneuerung Etwashausen; Kostenanteil Stadt

Die UsW beantragt die Deckelung der aufgeführten Haushaltsansätze auf den bisherigen Ansatz.

Stadtrat Müller erläutert noch, dass nach dem gedeckelten Haushaltsansatz die Maßnahmen abzustimmen sind und die Dorferneuerung darauf hinzuweisen ist, dass keine Mehrausgaben möglich sind.

Stadtrat Weiglein sieht hier ein Problem bezüglich der Alten Mainbrücke. Er weist darauf hin, dass aufgrund der aktuellen Beschlusslage erst weiterverfahren werden dürfe, wenn die Nordtangente fertiggestellt ist.

Stadtrat Müller will in diesem Zusammenhang wissen, ob es neue Erkenntnisse bezüglich der Alten Mainbrücke gibt.

Oberbürgermeister Moser berichtet, dass wegen der Umstufung der Balthasar-Neumann-Straße bzw. der Alten Mainbrücke Gespräche mit dem Landkreis, dem Straßenbauamt, und der Regierung von Unterfranken, Herrn Dr. Jägerhuber, geführt werden. Er regt an die eingestellten Mittel zu belassen und die Gespräche abzuwarten.

Hiermit besteht Einverständnis. Der Ansatz für den Stadtanteil der Dorferneuerung Etwashausen wird auf 775.000 € gedeckelt.

u) Hst. 6370.9582 – Dorferneuerung Repperndorf

Die UsW beantragt, den Ansatz in Höhe von 100.000 € im Jahr 2004 zu verschieben.

Stadträtin Wallrapp fragt in diesem Zusammenhang nach, ob die Dorferneuerung in Repperndorf fertiggestellt werden wird oder nicht.

Dipl.-Ing. Lepelmann berichtet, dass am kommenden Montag eine Besprechung diesbezüglich stattfinden wird, da die DLE die Planungen abschließen und ausschreiben will.

Oberbürgermeister Moser schlägt vor, die Mittel zu belassen; es sollte sich um ein positives Signal zur Fortführung handeln.

Hiermit besteht Einverständnis.

v) Hst. 6402.9505 – Straßensanierung Friedrich-Ebert-Straße

Die KIK verlangt die Überprüfung der Ausbaustandards der Straßensanierung der Friedrich-Ebert-Straße.

Die Verwaltung teilt mit, dass der Ausbautwurf dem Stadtrat vor Auftragsvergabe zur Beschlussfassung vorgelegt werden muss. In diesem Zusammenhang wird auch über die Standards entschieden.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

w) Hst. 6709.9582 – Straßenbeleuchtung

Die CSU beantragt die Reduzierung der Ansätze bei Erneuerungen und Erweiterungen von Straßenbeleuchtungen um 50 %.

Die Verwaltung stimmt einer Kürzung von 50 % zu, so dass sich die Ansätze in den Jahren 2004 – 2007 von jeweils 15.000 € auf 7.500 € reduzieren.

Hiermit besteht Einverständnis.

x) Hst. 6801.9401 – Errichtung weiterer Fahrradtresore

Die KIK beantragt, die Errichtung weiterer Fahrradtresore auf das Jahr 2005 zu verschieben und die bereits vorhandenen als Werbefläche zu vermarkten. Die UsW beantragt die Streichung des Ansatzes in Höhe von 10.000 €.

**- Mit 14 : 10 Stimmen –**

Der Haushaltsansatz für das Jahr 2004 in Höhe von 10.000 € wird auf das Jahr 2005 verschoben.

Stadträtin Stocker gibt zu Protokoll, dass sie gegen die Verschiebung gestimmt hat. Ihrer Auffassung nach wäre die Errichtung weiterer Fahrradtresore bereits in diesem Jahr sinnvoll.

y) Hst. 6905.9501 – Hochwasserfreilegung Eherieder Mühlbach

Die CSU beantragt die Offenlegung der Hochwasserfreilegung des Eherieder Mühlbachs sowie die Vorlage eines Berichtes über die Generalentwässerung mit derzeitigem Stand.

Die UsW verlangt eine Aufklärung im Stadtrat mit Auflistung sämtlicher notwendiger Maßnahmen.

Die FBW beantragt eine Kostenreduzierung durch Erstellung eines Rückhaltebeckens in der Kaltensondheimer Straße.

Die KIK möchte einen Bericht über den Stand des Gutachtens „Flussmodellierung“.

Die Verwaltung informiert, dass derzeit Gespräche und Überlegungen mit dem Planer und dem Wasserwirtschaftsamt laufen. Der gewünschte Bericht über die Generalentwässerung wird so bald wie möglich erfolgen. Berufsmäßiger Stadtrat Groß verweist außerdem auf die ausführliche Stellungnahme der Tiefbauverwaltung und gibt nähere Erläuterungen zur Hochwasserfreilegung.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 6 bleiben unverändert.

E) Einzelplan 7

a) Hst. 7100.9501 – Kanalsanierung Sickershäuser Weg

Die UsW beantragt die Verschiebung dieser Maßnahme in das Jahr 2006 (Zusammenhang mit Bebauung des Grundstücks an der Armin-Knab-Straße).  
Die KIK beantragt ebenfalls die Verschiebung dieser Maßnahme.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Maßnahme bereits seit 2002 verschoben wird, nunmehr aber unbedingt ausgeführt werden muss.  
Die Mittel in Höhe von 50.000 € bleiben im Haushalt 2004 enthalten.

b) Hst. 7103.9505 – Kanal Baugebiet Hammerstiel

Die UsW beantragt die Verschiebung der Mittel (100.000 €) vom Jahr 2004 auf das Jahr 2005, da laut Aussage der LKW mit mindestens 12 Monaten für die Rechtssicherheit des Ersatzbrunnens zu rechnen ist.

Aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung zu Ziffer 1 Buchst. D r) (Straßenbau BA I Baugebiet Hammerstiel) zieht die UsW den Antrag zurück. Es bleibt bei den bisherigen Ansätzen

c) Hst. 7104.9507 – Kanalerneuerung Friedrich-Ebert-Straße

Die UsW beantragt die Verschiebung der Ansätze 2004 (130.000 €) und 2005 (155.000 €) um 2 Jahre.  
Die KIK beantragt ebenfalls die Verschiebung.

Die Verwaltung hält die Kanalerneuerung in der Friedrich-Ebert-Straße für dringend erforderlich.  
Von der Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen; die Mittel bleiben im Haushalt – wie angemeldet – bestehen.

d) Hst. 7104.9508 – Sammler Bahnhofplatz, Friedenstraße

Die KIK beantragt die Verschiebung er Kanalmaßnahme Friedenstraße / Bahnhofsvorplatz.

Von der Stellungnahme der Verwaltung, dass eine Verschiebung bereits von 2005 auf 2006 erfolgt ist, wird Kenntnis genommen.  
Die Ansätze bleiben im Haushalt wie vorgesehen enthalten.

e) Hst. 7105.9504 – Erneuerung Kanal Balthasar-Neumann-Straße

Die UsW beantragt, den Mittelansatz aus dem Finanzplanungsrest nach der neuen Beschlusslage vorzuziehen.

Von der Stellungnahme der Verwaltung wird Kenntnis genommen. Es verbleibt bei der Veranschlagung im Finanzplanungsrest (2008 ff.).

f) Hst. 7107.9502 – Kanalsanierung Breslauer Straße

Die KIK beantragt die Verschiebung der Kanalsanierung in der Breslauer Straße.

Aufgrund der bereits geführten Diskussion über den Ausbau der Breslauer Straße (Buchst. 1 Ziffer D n), bleiben die Ansätze bestehen.

g) Hst. 7108.9504 – Auswechslung Auslaufkanal RÜB 202 (Würzburger Tor)

Die UsW beantragt die Streichung des Ansatzes in 2004 (410.000 €), da der vorhandene Haushaltsausgaberesult von 330.000 € für einen offenen Verbau ausreichend ist und eine Verpressung angesichts der hohen Kosten nicht wirtschaftlich ist. Die KIK stellt die Notwendigkeit der Auswechslung in Frage.

**- Mit 2 : 21 Stimmen –**

Der Vorschlag der Verwaltung, den Ansatz in Höhe von 410.000 € im Jahr 2004 beizubehalten wird abgelehnt.

Stadtrat Heisel schlägt darauf hin vor, im Jahr 2004 den Haushaltsausgaberesult in Höhe von 330.000 € zu belassen und in 2005 Mittel in Höhe von 410.000 € einzustellen.

Hiermit besteht Einverständnis.

h) Hst. 7127.9501 – RÜB 260 Hohenfeld Süd  
Hst. 7127.9507 – RÜB 260 Hohenfeld Süd – Aus- und Ablaufkanal

Die UsW beantragt die Zurückstellung, bis das Ergebnis der Kanalnetzüberrechnung vorliegt.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass die Mittel hierfür bereits seitens der Verwaltung bereits in den Finanzplanungsrest verschoben worden sind. Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen.

i) Hst. 7181.9352 – Kläranlage; Maschinen und Ersatzteilverrat

Die CSU beantragt die Mittelreduzierung im Jahr 2004 von 50.000 € auf 30.000 €. Die Investitionen für das Belüftungsbecken mit 102.000 € sind auf absolute Notwendigkeit hin zu überprüfen.

Die Verwaltung stellt klar, dass die Kämmerei die Anmeldung des Fachamtes bereits um 20.000 € auf 50.000 € gekürzt hat. Im Jahre 2003 wurden 35.700 € verausgabt. Bei den Investitionen für das Belüftungsbecken handelt es sich um das Reglersystem Aqualogic (Stadtratsbeschluss).

Oberbürgermeister Moser schlägt vor, die Ansätze ab 2004 auf 30.000 € jährlich zu kürzen. In 2004 wird aber noch zusätzlich der Betrag von 102.000 € für Aqualogic veranschlagt.

Hiermit besteht Einverständnis.

j) Hst. 7512.9357 – Neuer Friedhof; Beschaffung von Fahrzeugen (Transportfahrzeug, Friedhofsbagger)

Die UsW beantragt, dass vor der Anschaffung eines neuen Baggers die Möglichkeit einer Privatisierung des Friedhofes geprüft werden soll.

Herr Besch, Stadtgärtnerei, erinnert daran, dass erst seit kurzer Zeit ein neues Bauhofsprogramm existiert und die Überlegungen hinsichtlich einer Privatisierung erst in ca. einem Jahr gemacht werden sollen, da dann bessere Vergleichsergebnisse vorliegen.

Oberbürgermeister Moser schlägt vor, den Ansatz in 2005 (34.000 €) auf das Jahr 2006 und die Mittel für 2006 (50.000 €) auf das Jahr 2007 zu verschieben.

Hiermit besteht Einverständnis.

k) Hst. 7512.9350 – Neuer Friedhof; Schöpfbecken für Gießwasser

Stadträtin Wallrapp will wissen, warum ein Ersatz der Schöpfbecken in Höhe von 7.500 € notwendig ist.

Herr Besch, Stadtgärtner, erklärt, dass die derzeitigen Schöpfbecken aus Kunststoff bestehen und aufgrund der Witterungsverhältnisse in einem sehr schlechten Zustand sind. Die Becken sollen nach und nach durch Kunststeinbecken ersetzt werden, die eine wesentlich höherer Lebensdauer haben.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 7 bleiben unverändert.

F) Einzelplan 8

a) Hst. 8251.9623 – Städtischer Hafbetrieb; Rückbau der Anschlussweiche

Die CSU und die KIK bitten nochmals um Überprüfung der Kosten für den Rückbau des Gleisanschlusses in Höhe von 80.000 €.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Reduzierung der Kosten aufgrund der vorliegenden Kostenschätzung nicht möglich ist. Auch ist eine Verschiebung der Kosten nicht möglich, da die Stadt Kitzingen vertraglich verpflichtet ist, bis Ende 2004 den Gleisanschluss im Bereich des Bahnhofes zur Mainländebahn zurückzubauen.

Stadtrat Müller regt an, dass der Gleisabbau seitens der Bahn vorgenommen werden sollte. Stadtrat Weiglein regt an, die Gleise durch einen Eisenhändler abbauen zu lassen und somit Kosten zu sparen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer sagt zu, dies zu prüfen.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

b) Einzelplan 8 allgemein

Die UsW stellt den Antrag, Grundstücke zeitnah zu vermarkten.  
Dies wird seitens der Verwaltung beachtet.

c) Hst. 8800.9320 – Erwerb von unbebauten Grundstücken

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass der Ansatz bei Hst. 8800.9320 im Jahr 2004 von 500.000 € auf 400.000 € gekürzt wird.

Hiervon wird zustimmend Kenntnis genommen.

d) Hst. 8801.3400 – Verkauf von bebauten Grundstücken

Die FBW stellt den Antrag, Wohnungen der BauGmbH zu veräußern.

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass hier eine grundsätzliche Entscheidung des Stadtrates getroffen werden müsste. Sie weist auch darauf hin, dass ein solches Vorgehen dem Gesellschaftervertrag zuwider laufen würde.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

e) Hst. 8891.3529 – Unbebaute Grundstücke; Rückersatz von Erschließungskosten

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass zu dieser Haushaltsstelle 2,3 Mio. € in den Finanzplanungsrest eingestellt worden sind. Im Gegenzug sei bei Hst. 8891.9328 in den Jahren 2005 (1 Mio. €), 2006 (300.000 €) und 2007 (1 Mio. €) ebenfalls die Erhöhung vorgenommen worden, da der Verkauf von Grundstücken nicht so schnell vonstatten gehen wird und die Stadt Kitzingen an sich selbst Erschließungsbeiträge zahlen muss.

Stadtrat Weiglein bittet darum, dass künftig die Fristen für die Erhebung von Erschließungs- und Herstellungsbeiträgen eingehalten werden müssen.

Stadträtin Wallrapp erinnert daran, dass noch immer nicht alle Erschließungsbeiträge abgerechnet worden sind und möchte eine Aufstellung über die bereits abgerechneten bzw. noch offenen Posten haben.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erwidert, dass keine Abrechnungen mehr offen sind, sagt aber zu, dies schriftlich mitzuteilen.

f) Hst. 8801.9450 – Wohn- und Geschäftsgrundstücke; Einrichtung von Bädern etc.  
Hst. 8801.9530 – Wohn- und Geschäftsgrundstücke; Hausanschlussleitungen

Stadtrat Popp will wissen, ob es städtische Wohnungen gibt, die noch keine Bäder haben.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass ca. 50 % der Schlichtwohnungen noch nicht mit Bädern ausgestattet sind. Er weist darauf hin, dass die Arbeiten nur durchgeführt werden können, wenn die Wohnungen leer stehen.

g) Hst. 8802.9451 – Schlichtwohnungen; Verbesserung der Sanitäreinrichtungen

Stadtrat Müller will den Leerstand in den Schlichtwohnungen geprüft haben.

Dies wird ihm von Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer zugesagt.

Stadträtin Wallrapp erinnert in diesem Zusammenhang an ihren Antrag, leerstehende Wohnungen anderweitig anzubieten (z.B. an Studenten in Würzburg).

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass es sich um ca. 15 Wohnungen handelt (Stadt und BauGmbH). Mit welchen Mitteln diese Wohnungen wieder vermietbar

gemacht werden können, wird nach den Haushaltsberatungen ermittelt und entsprechende Vorschläge vorgelegt.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 8 bleiben unverändert.

G) Einzelplan 9

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt fest, dass sich der Stand der Rücklagenentnahmen und der Darlehensaufnahmen aufgrund der gefassten Beschlüsse geändert hat und am Ende der Haushaltsberatungen ein endgültiger Überblick vorgelegt wird.

**Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20.55 Uhr.**

Oberbürgermeister  
gez.  
Moser

Protokollführerin  
gez.  
Rose